



Diana Stöcker
Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordnete des Wahlkreises
Lörrach-Müllheim
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030-227-71624
E-Mail: diana.stoecker@bundestag.de
www.diana-stoecker.de

Berlin, 21. April 2023

DialogWERKSTATT "Wasserstoff als Treiber einer neuen, grünen Zukunft?! - Bedeutung für die Wirtschaft im Dreiländereck"

Es muss sich was tun am Hochrhein, wenn es um den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft geht. Dies wurde bei der jüngsten „DialogWERKSTATT“ von Diana Stöcker (CDU), Mitglied im Deutschen Bundestag, deutlich. Bei dem digitalen Format diskutierten Expertinnen und Experten aus dem Bereich Politik, Energiewirtschaft und Industrie mit rund 50 Bürgerinnen und Bürgern über das Thema "Wasserstoff als Treiber einer neuen, grünen Zukunft?! - Bedeutung für die Wirtschaft im Dreiländereck".

Andreas Jung, stellvertretender Bundesvorsitzender sowie klima- und energiepolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, setzte eine klares Statement in seinem Impulsvortrag: „Damit Deutschland Industrieland und starker Wirtschaftsstandort bleibt, müssen sowohl die Erneuerbaren Energien ausgebaut als auch die Energieeffizienz gesteigert werden. Wasserstoff kann als Schlüssel dafür betrachtet werden, dass wir klimaneutral werden können und die Industrie, deren Prozesse ohne Wasserstoff anstelle von fossilen Rohstoffen wie Erdgas nicht möglich wären, in Deutschland weiter erhalten bleibt“. Dem stimmte auch Katharina Fraune, Leiterin Nachhaltige Transformation, bei der Evonik Operations GmbH, zu. Aus ihrer Sicht laufe der Hochrhein aktuell Gefahr, was den Wasserstoffhochlauf angehe, abgehängt zu werden. „Wenn wir uns die europäischen, deutschen und auch baden-württembergischen Pläne zum Aufbau diverser Wasserstoff-Netze ansehen, dann stellt man schnell fest, dass der Hochrhein bis 2040/2050 ein weißer Fleck auf der Landkarte bleiben wird“, so die Vertreterin der chemischen Industrie. „Wir können nicht auf die Pipeline warten, sondern müssen selbst die lokale Produktion von grünem Wasserstoff antreiben. Denn ohne Wasserstoff, der für uns ein essenzieller, chemischer Rohstoff ist, wird es für uns als Industrie schwer in der Region.“ Evonik produziert bereits Wasserstoff auf Erdgasbasis an seinem Standort in Rheinfelden, arbeitet aktuell aber bereits in einem Forschungsprojekt an der Transformation hin zu klimaneutralem „grünen“ Wasserstoff.

Diana Stöcker: "Wasserstoff ist auch für das Dreiland eine zukünftiger Schlüsselenergieträger und ein wichtiger Mosaikstein bei der Versorgung

Folgen Sie mir auch auf den Social-Media-Kanälen:

Facebook <https://www.facebook.com/stoeckerdiana> und

Instagram <https://www.instagram.com/stoecker.diana>



Diana Stöcker
Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordnete des Wahlkreises
Lörrach-Müllheim
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030-227-71624
E-Mail: diana.stoecker@bundestag.de
www.diana-stoecker.de

mit Energie. Es darf keine Schieflage bei der Versorgung entstehen, der Ausbau im Dreiländereck muss beschleunigt werden, auch bis zu uns im Süden muss die Pipeline gebaut werden, damit auch wir genug Wasserstoff für die Industrie vorhalten können und keine Abwanderung in den windenergie-reichen Norden geschieht. Der Ausbau muss insgesamt beschleunigt werden. Hierfür ist auch eine grenzüberschreitende Kooperation mit unseren europäischen Nachbarländern – wie sie die 3H2-Initiative bereits umsetzt – notwendig.“

Heinz-Werner Hölscher, Vorstand des regionalen Energieversorger Badenova AG & Co. KG, hat die Initiative „3H2“ gemeinsam mit anderen Unternehmen und Institutionen im Dreiländereck gegründet und kennt daher die Bedarfe in der Region: „Es ist jetzt an der Zeit, den H2-Markthochlauf in den drei Bereichen Erzeugung, Netz und bei der Nachfrage voranzubringen. Abwarten auf den Wasserstoff aus der Ferne ist keine Alternative, auch in unserer Region braucht es im Zusammenspiel von Politik, Energieversorgern und Industrie die konkreten Umsetzungsprojekte für die Klimaneutralität und die Sicherung des Industriestandorts“. Hölscher verwies darauf, dass sein Konzern gemeinsam mit RWE bereits an einem konkreten Projekt zum Ausbau der Wasserstoff-Kapazitäten in der Region arbeiten würde. In Albrück soll bis 2027 ein 50-Megawatt Elektrolyseur gebaut werden, der Abnehmer mit grünem Wasserstoff versorgen soll.

Diskutiert wurde mit den teilnehmenden Bürgerinnen und Bürgern ebenfalls, ob die Herstellung von Wasserstoff in Konkurrenz zu normalem Stromverbrauch steht, weil sie viel Energie benötigt. Dies wurde von dem Panel zwar bestätigt, da der Strombedarf in Zukunft generell steigen wird, trotzdem wurde Offenheit für die Nutzung von Wasserstoff angemahnt und vor einer regulatorischen Eingrenzung gewarnt. "Dort, wo es wirtschaftlich sinnvoll ist, sollte Wasserstoff auch genutzt werden!", so Andi Jung MdB, und weiter: "Weil es ohnehin wirtschaftlicher ist, in Zeiten mit viel Wind- und Solarstrom diesen mittels Elektrolyse in Wasserstoff umzuwandeln anstatt diesen grünen Strom abzuriegeln, bin ich in Sachen Wirtschaftlichkeit auch zuversichtlich".

"Bei einem gleichzeitig nachhaltig Vorantreiben des Ausbaus der erneuerbaren Energien sollte keine Strommangelsituation entstehen", ergänzte Hölscher. Auch die Frage der Kosten einer Umstellung auf Wasserstoff wurde

Folgen Sie mir auch auf den Social-Media-Kanälen:
Facebook <https://www.facebook.com/stoeckerdiana> und
Instagram <https://www.instagram.com/stoecker.diana>



Diana Stöcker
Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordnete des Wahlkreises
Lörrach-Müllheim
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030-227-71624
E-Mail: diana.stoecker@bundestag.de
www.diana-stoecker.de

von den beteiligten Bürgerinnen und Bürgern aufgebracht. Bei neuen Technologien besteht immer die Sorge vor hohen Kosten, was sich beispielsweise bei Photovoltaik oder Elektromobilität gezeigt hat. Wichtig sei, dass bereits vorhandene Standorte und Netze genutzt werden. "Dann wird auch der Wasserstoff-Hochlauf bezahlbar sein", gaben sich die Expertinnen und Experten zuversichtlich. Als Forderung an die Politik wurde vor allem benannt, dass noch in dieser Legislatur ein Gigawatt Erzeugungskapazität über passgenaue Fördermittel ermöglicht werden sollte, damit bereits bis 2030 das 10-Gigawatt-Ziel erreicht werden kann. Aktuell sei die Umstellung auf grünen Wasserstoff unwirtschaftlich.

Folgen Sie mir auch auf den Social-Media-Kanälen:
Facebook <https://www.facebook.com/stoeckerdiana> und
Instagram <https://www.instagram.com/stoecker.diana>

Pressemitteilung